

Aufschwung hat nochmals an Stärke und Breite gewonnen

Jahresrückblick und Ausblick des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes

Leverkusen. Zum Jahresbeginn blickt der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper und der Unternehmenschaft Rhein-Wupper, Rechtsanwalt Andreas Tressin, auf das Jahr 2017 zurück und gibt einen Ausblick auf das neue Jahr:

Eine positive Bilanz zieht der Geschäftsführer der Unternehmerverbände Rhein-Wupper für die rund 200 Mitgliedsunternehmen: „Die Wirtschaft befindet sich nunmehr im achten Jahr im Aufschwung. Der Aufschwung hat dabei im auslaufenden Jahr sogar nochmals an Stärke und Breite gewonnen. Neben den Konsumausgaben tragen insbesondere ein Export rekordjahr und die Investitionen zu Expansionen bei“, so das Fazit von Tressin. „Angesichts der guten Konjunktur und damit korrespondierender nie dagewesener Steuereinnahmen fällt es der Politik jedoch immer schwerer, Augenmaß zu behalten. Sie hat offensichtlich komplett auf ‚Sorglos-Modus‘ gestellt. Die teureren Reformen, die immer weiter steigenden Energiekosten, Mehrkosten durch zusätzliche Bürokratie und Auflagen sowie die ‚Rolle rückwärts‘ beim flexiblen Arbeitsmarkt, drohen zum K.O.-Kriterium für den Standort Deutschland zu werden. Es kann deshalb nicht überraschen, dass wir einen der unflexibelsten Arbeitsmärkte der Welt haben und wir im letzten Jahr bei den Arbeitskosten im internationalen Vergleich noch einmal deutlich an Terrain verloren haben. So teuer wie bei uns ist Arbeit mittlerweile in keinem anderem großen Industrieland“.

Ausblick 2018

Auch für das kommende Jahr sieht Tressin ein robustes Wachstum und beruft sich dabei auf die Prognosen der führenden Forschungsinstitute, die eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 bis 2,5 Prozent voraussagen. „Die Wirtschaft steht also blendend da und wird weiterhin unter Volldampf fahren“, so Tressin. „Das Wachstum wird aller Voraussicht nach sogar höher sein, als das Potentialwachstum von 1,4 Prozent. Die deutsche Wirtschaft befindet sich also in einer

Überauslastung. Es besteht damit die Gefahr einer Überhitzung. Dieser Befund wird möglicherweise auch Implikationen für die langfristigeren Aussichten haben“, so die Einschätzung von Tressin. „Einerseits dürfte die hohe Auslastung bei gleichzeitig positiver Auftragslage dazu führen, dass kapazitätserweiternde Investitionen zunehmen und der Aufschwung anhält. Andererseits dürften die vorhandenen Kapazitätsgrenzen und der Arbeitskräftemangel mit steigender Überauslastung es immer schwieriger machen, das momentane Wachstumstempo zu halten.“

„Und bei einem insgesamt synchron verlaufenden globalen Wirtschaftsboom besteht leider immer auch die Gefahr, sich ausschließlich von einer Sorglosigkeit treiben zu lassen. Das aber wäre fatal: Denn bei den Arbeitskosten wird der Wettbewerbsdruck durch die preiswertere Konkurrenz in Asien und vor allem auch bei den neuen Mitbewerbern aus dem osteuropäischen Raum, jeden Tag größer. Die Unternehmen brauchen deshalb bei den Kosten zumindest ein Belastungs-Moratorium; ansonsten werden die Unternehmen unweigerlich die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen ausschließlich im preiswerteren Ausland tätigen. Die Unternehmen fordern deshalb einen klaren Politik- bzw. Kurswechsel und zwar nicht nur von einer neuen Bundesregierung, sondern auch von der Tarifpolitik. Hier sind also alle in einer Bringschuld und müssen nun endlich liefern“, so Tressin. Tressin hält es hier mit dem Sachverständigenrat, der ebenso anmahnt, die gute konjunkturelle Lage zu nutzen, um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Und dazu gehören vor allem international wettbewerbsfähige Energiekosten, stabile Lohnnebenkosten, die die Marke von 40 Prozent auf keinen Fall überschreiten dürften. Einsparvolumina zur Senkung der Sozialabgaben sieht Tressin aktuell jedenfalls bei der Arbeitslosenversicherung. Die insbesondere von der SPD jüngst geforderte Bürgerversicherung im Gesundheitswesen ist strikt abzulehnen. Es bedarf nicht weniger, sondern mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung, der die Kosten



Jürgen Tressin, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, zieht für die 200 Mitgliedsunternehmen eine positive Bilanz der vergangenen zwölf Monate.

FOTO: ARBEITGEBERVERBAND

dämpft.

„Überfällig aber ist, die kalte Progression bei der Steuer nun endlich abzuschaffen. Auch die Bürger erwarten ein Belastungs-Moratorium und endlich mehr Netto vom Brutto. Es kann und darf nicht weiter vorrangiges Ziel der Finanzpolitik sein, dauerhaft strukturelle Überschüsse zu erzielen“, so Tressin. „Eine Entlastung bei den Steuern würde im Übrigen auch einen erheblichen Druck bei den wahrscheinlich schon im Januar 2018 in die entscheidende Phase gehenden Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie nehmen. Und da kann es nicht ausschließlich um ‚wenn nicht jetzt, wann dann‘, sondern vorrangig um ‚Zukunft statt zu teuer‘ gehen. Die IG Metall darf nach fast 20 Prozent Lohnerhöhungen allein aus den letzten fünf Jahren nun nicht völlig überdrehen. Sechs Prozent mehr Lohn plus wahlweise Arbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich, da kommen schnell zweistellige Lohnerhöhungen zusammen; das aber können selbst die Klassenbesten in der M+E-Industrie nicht verkraften. Wichtig ist jetzt vor allem, die Unternehmen ‚wetterfest‘ für die Herausforderungen von morgen zu machen, die aus den umfangreichen Umweltschutzprozessen der Digitalisierung entstehen. Und dies erfordert gigantische Geldbeträge nicht nur in Produktionsanlagen, in Forschung und Entwicklung, sondern auch und insbesondere in das Know-How der

Mitarbeiter.“

Tressin weiter: „Richtig ist, das in das Weltgeschehen ein ‚neuer Liberalismus‘ eingezeichnet ist im Sinne von ‚alle können alles, zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort‘. Den Takt geben dabei ausschließlich die Kunden vor. Sie erwarten vom Unternehmen, dass sie global und rund um die Uhr für sie da sind und immer schneller auf individuelle Wünsche reagieren. Wenn die IG Metall meint, das ginge auch und in erster Linie mit Arbeitszeitreduzierung, kann dem nur entgegen werden: Genau das Gegenteil ist der Fall. Was die Arbeit anbelangt, so wird der digitale Wandel vermehrt zu einer zeitlichen und auch räumlichen Entgrenzung führen. Das muss nicht unbedingt heißen, dass man die gesamten Arbeitszeitregelungen in den Tarifverträgen umkrepeln muss. Denn zukunftsfähige Arbeitszeitregime unter dem Gesichtspunkt ‚Industrie 4.0‘ sind letztlich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die konsequente Fortführung der Ausrichtung der Arbeitszeit an den betrieblichen Notwendigkeiten und individuellen Bedürfnissen der Mitarbeiter. Es geht also letztlich um eine ausgewogene Balance. Konkret: Die Fortschreibung vieler kreativer und in den Betrieben bereits schon gelebter Arbeitszeitregime. Was spricht also dagegen, die Arbeitszeitregime in ihrer konkreten Ausgestaltung bedarfsorientiert in die Hände der Betriebsparteien zu legen: Die Reise muss insgesamt zu mehr Flexibilität gehen, ohne dass die Produktion leidet. Betriebe und Beschäftigte können damit sehr wohl auf der Gewinnerseite bleiben – wenn man sie nur lässt. Immer nur rote Linien definieren, zu bevormunden und sofort mit dem Dampfhämmer in Form von Streiks zu kommen, ist nicht die Streitkultur, die sich unsere Mitglieder vorstellen geschweige denn tolerieren können und auch nicht mehr wollen; erst recht nicht, wenn die Materie so komplex ist, wie in dieser Tarifrunde. Wenn die IG Metall Arbeitszeiten einschränken und gleichzeitig unverträglich hohe Lohnforderungen durchsetzen will, wird das unweigerlich die bereits jetzt schon bestehende Flucht der Unternehmen aus der Tarifbindung noch mehr forcieren“.